Nr. 175, Juni 2015, Herausgeber: Christian Nünlist

Krieg im Jemen: Revolution und saudische Intervention

Jemen steht erneut im Brennpunkt internationaler Aufmerksamkeit: Nach der Machtaufgabe des autoritär regierenden Präsidenten Saleh im Kontext des Arabischen Frühlings und der Einleitung eines nationalen Dialogs dauerten die internen Machtkämpfe weiter an. Die Machtübernahme der schiitischen Huthi-Rebellen hat das Nachbarland Saudi-Arabien zum militärischen Eingreifen animiert.

Von Roland Popp

Mit dem militärischen Eingreifen Saudi-Arabiens in den internen Machtkampf im Jemen im März 2015 rückte das südliche Arabien wieder in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Die Lage im Jemen hatte sich bereits seit Mitte 2014 zunehmend destabilisiert. Mit dem Rücktritt und der Flucht von Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi verlagerte sich die interne Auseinandersetzung Anfang 2015 endgültig auf die militärische Ebene. Die schiitischen Huthi-Rebellen übernahmen in der Folge die Macht in der Hauptstadt Sanaa und weiten Teilen Nord- und Zentraljemens. Die daraufhin ins Leben gerufene und von Saudi-Arabien angeführte Militärallianz möchte die Huthi-Rebellion niederschlagen und Präsident Hadi wiedereinsetzen. Jedoch haben die mehrwöchigen Luftangriffe bislang das militärische Kräfteverhältnis nicht grundsätzlich verändert. Eine immer wieder ins Gespräch gebrachte Bodenoffensive hätte schwerwiegende Folgen für Jemen, aber auch für die Stabilität Saudi-Arabiens. Nur ein Waffenstillstand und die Unterstützung für eine Verhandlungslösung können die gewaltsamen Auseinandersetzungen beenden und einen Staatszerfall sowie eine Ausdehnung der Terrorgefahr durch dschihadistische Gruppen verhindern.

Ein Huthi-Kämpfer steht Wache und sichert in Jemens Hauptstadt Sanaa eine Huthi-Demonstration gegen saudische Luftangriffe (1.4.2015). *Khaled Abdullah / Reuters*

Der Kompromiss von 2011

Machtkämpfe innerhalb der politischen Elite des Landes setzten sich auch im Anschluss an die «Jemenitische Revolution» von 2011 fort. Analog zu den Vorgängen in Tunesien und Ägypten hatten auch im Jemen Oppositionelle gegen die autoritäre Herrschaft von Präsident Ali Abdullah Saleh protestiert, der bereits seit 1978 die Macht in Sanaa innehatte. Vorübergehend gelöst wurde der Konflikt durch eine Initiative des Golf-Kooperationsrates *(Gulf Cooperation Council/GCC)*, der Saleh Ende November 2011 infolge internationalen Drucks zustimmte. Diese Initiative leitete einen geregelten Übergangsprozess ein und verhinderte einen drohenden Bürgerkrieg. Saleh trat seine Macht an den Übergangspräsidenten Hadi ab, der als einziger zugelassener Kandidat bei Wahlen im Februar 2012 über 99 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. Zudem wurde eine Regierung der nationalen Einheit gebildet, jeweils zur Hälfte bestehend aus Mitgliedern der bisherigen Regierungspartei und einem oppositionellen Par-

© 2015 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

Nationale Dialogkonferenz NDK

Die NDK ist zentraler Bestandteil der GCC-Initiative mit dem Ziel, einen neuen Gesellschaftsvertrag auszuhandeln. Sie dauerte von März 2013 bis Januar 2014. **565 Delegierte** aus allen Gruppen und Parteien, organisiert in **neun Arbeitsgruppen** (u.a. Sicherheit und Militär, Südfrage, Rechte und Freiheiten, Staatsfrage) einigten sich im Januar 2014 auf ein **Abschlussdokument mit 1400 Empfehlungen** als Grundlage für die Arbeit einer Verfassungskommission. Wichtigstes Ergebnis war eine neue föderale Struktur mit sechs Regionen.

teienbündnis. Die wichtigsten Träger der revolutionären Bewegung, die Aktivisten aus Zivilgesellschaft und Jugendbewegung, wurden jedoch an der Regierungsbildung nicht beteiligt. Gleichermassen ignoriert wurden die beiden bedeutsamen autonomistischen beziehungsweise separatistischen Bewegungen, die Huthi im Norden und die Hirak im Süden. Letztere sprechen sich gegen die Dominanz nordjemenitischer Eliten seit der Vereinigung von 1990 aus und streben die Wiedererrichtung eines unabhängigen Südjemens an. Der Ausschluss wichtiger politischer Kräfte von den Verhandlungen stellte die Legitimität der GCC-Initiative in Frage. Verschärfend wirkte zudem die von der grossen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnte Immunität für Ex-Präsident Saleh und dessen Familie.

Tatsächlich sind die Huthi konsequente Gegner der Kaida und sunnitisch-salafistischer Bewegungen.

Ein Aspekt des Übergangsplans bot jedoch eine Chance für eine grössere Integration der breiten Bevölkerung. Eine Nationale Dialogkonferenz (NDK) unter Beteiligung aller gesellschaftlicher und politischer Akteure sollte einen Entwurf für eine neue Verfassung ausarbeiten und Vorschläge zur Befriedung der Konflikte im Norden und Süden machen (siehe Box). Darüber hinaus sollte die NDK auch Reformen der öffentlichen Verwaltung und des Gerichtswesens, den Kampf gegen die wuchernde Korruption, die Kodifizierung von Minderheitenschutz und Frauenrechten oder auch die Ausrichtung der zukünftigen Wirtschaftspolitik behandeln. Auf dem Papier hätte der Prozess zu einer Art Neugründung der Republik führen sollen – zu einer Demokratisierung und Föderalisierung und zu einem Machtteilungskompromiss zwischen alten Eliten und revolutionären Aktivisten. Die Hoffnung auf eine umfassende Reform des Staatswesens erklärt auch die Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft und von Aktivisten wie der Friedensnobelpreisträgerin Tawakol Karman für die GCC-Initiative.

Gescheiterter Machtübergang

Als fatal erwies sich letztlich der Verbleib von Ex-Präsident Saleh im Land und dessen Weigerung, sich mit dem Machtverlust abzufinden. Saleh nutzte seine Seilschaften und Patronage-Netzwerke, um den Übergangsprozess zu sabotieren. Der Versuch von Übergangspräsident Hadi scheiterte deshalb, im Zuge der vereinbarten Reform des Sicherheitssektors die 2011 entstandene Spaltung der regulären Streitkräfte in Pro- und Anti-Saleh-Fraktionen zu überwinden.

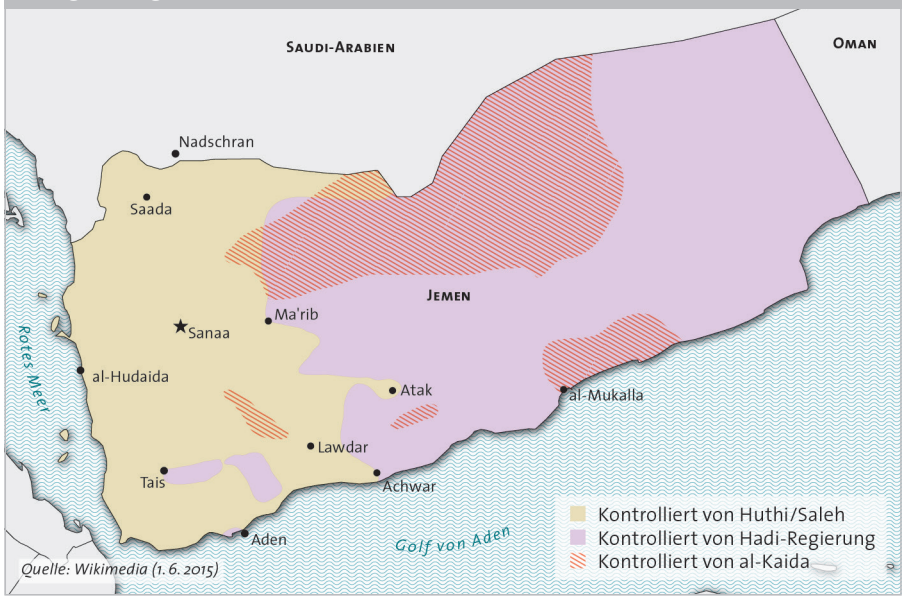
Die Debatten innerhalb der Dialogkonferenz über die zukünftige politische Ordnung vom März 2013 bis Januar 2014 fanden somit vor dem Hintergrund eines fortgesetzten Machtkampfs innerhalb der traditionellen Elite statt. Trotz der Differenzen gelang es im Rahmen der NDK eine Einigung über Grundprinzipien für die Fortsetzung des Übergangsprozesses zu erzielen, inklusive der Verlängerung der Amtszeit Hadis um ein weiteres Jahr. Zentrales Streitthema war dabei die zukünftige föderale Struktur des Staates. Eine eigens zur Kompromissfindung berufene Kommission schlug eine Aufteilung Jemens in sechs Gross-Regionen vor. Allerdings lehnten sowohl die Huthi wie auch die südliche Sezessionsbewegung diesen Vorschlag ab. Angesichts ungeklärter Fragen bezüglich der zukünftigen Verfassung und Machtverteilung eskalierten die militärischen Auseinandersetzungen. Der zuvor nur lokal im äussersten Norden operierenden Huthi-Bewegung gelang es, ihren Einflussbereich auszudehnen. In einer taktischen Allianz mit Salehs Parteigängern in den Sicherheitskräften konnten sie ihre wichtigsten Kontrahenten im Norden überwältigen und im September 2014 die De-facto-Kontrolle über die Hauptstadt Sanaa übernehmen.

Mit der Machtübernahme der Huthi in Sanaa drohte nunmehr ein Scheitern des gesamten Übergangsprozesses. Ein mithilfe der UNO zwischen den Konfliktparteien ausgehandeltes Abkommen über Frieden und nationale Partnerschaft vom 21. September 2014 schlichtete den Konflikt oberflächlich. Eine neue Regierung unter Einschluss der Huthi, der Bewegung des Südens und Aktivisten von 2011 wurde eingesetzt. Allerdings setzten sowohl Hadi wie auch die Huthi in den Folgewochen die Vereinbarung nur teilweise um. Statt den Rückzug aus der Hauptstadt und die eigene Entwaffnung einzuleiten, erschwerten die Huthi die Arbeit der Ministerien und betrieben die Entmachtung des Präsidenten. Sie behinderten die Regierungsarbeit, unterdrückten ihre politischen Gegner und dehnten ihre militärische Macht südlich der Hauptstadt aus. Präsident Hadi mobilisierte gegen diesen schleichenden Staatsstreich internationale Unterstützung, was im November 2014, auf Betreiben der USA hin, in der Verhängung von Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats gegen Führungspersonal der Huthi sowie gegen Ex-Präsident Saleh resultierte. Eine friedliche Konfliktlösung war damit ausgeschlossen und die Auseinandersetzung endete mit der Entmachtung Hadis. Die Ablehnung eines von der Regierung veröffentlichten Verfassungsentwurfs im Januar 2015 führte zu erneuten Kämpfen in der Hauptstadt, der Konsolidierung der Macht der Huthi und schliesslich dem Rücktritt von Präsident Hadi und Premier Khaled Bahah am 22. Januar 2015.

Aufstieg der Huthi

Kaum ein Beobachter hatte in der Vergangenheit mit einem Machtzuwachs der aufständischen Huthi in dieser Form gerechnet. Die Huthi, benannt nach der sie anführenden Familie und auch bekannt unter ihrer offiziellen Bezeichnung *Ansar Allah* («Helfer Gottes»), haben ihre Ursprünge im nördlichsten Gouvernement Saada. Sie waren in den 2000er-Jahren eine lokal begrenzte Protestbewegung, die sich gegen die Marginalisierung ihrer Heimatregion und gegen die soziale und politische Diskriminierung der schiitischen Zaiditen wandte, die 35 bis 45 Prozent der Gesamtbevölkerung Jemens stellen. Die Bewegung radikalisierte und politisierte sich zwischen 2004 und 2010 im Zuge von sechs rücksichtslos gegen sie geführten Kriegen der Zentralregierung unter Saleh. In der Hoffnung auf stärkere internationale Unterstützung beschuldigte Saleh die Huthi, mit der Kaida zu kooperieren. Tatsächlich aber waren und sind die Huthi konsequente Gegner der Kaida und sunnitisch-salafistischer Bewegungen. Die Förderung salafistischer Lehren durch die

Bürgerkrieg im Jemen



Quelle: Wikimedia (1. 6. 2015)

Jemen: Zahlen und Fakten

Bevölkerung 24 Millionen (75% unter 30 J.)

Lebenserwartung 64,8 Jahre

Fläche 527'968 km² (entspricht 12 Mal der Fläche der Schweiz)

Konfession 99% muslimisch (35–45% schiitische Zaiditen, Rest sunnitisch)

Korruption Platz 161 von 175 (Transparency International 2014)

Ölproduktion 2001: 440'000 Barrels/Tag; 2014: 127'000 Barrels/Tag

Wiedervereinigung 1990: Vereinigung der vormals selbständigen Nord- und Südjemen

Staatsform Republik

Zentralregierung und die Finanzierung extremistischer Zentren durch Saudi-Arabien in der Heimatregion Saada waren vielmehr einer der Auslöser für die Entstehung der Huthi-Bewegung.

Der lokale und eher religiös-kulturelle Charakter der Bewegung änderte sich im Zuge der Jemenitischen Revolution von 2011. Die Huthi nutzten den Übergangsprozess, um ihre Popularität auch jenseits ihrer Kerngebiete zu steigern. Sie gebärdeten sich dabei als prinzipientreue Verteidiger der ursprünglichen Revolutionsziele und lehnten folgerichtig die GCC-Initiative als Versuch seitens der Golfaraber und der USA ab, den Machterhalt der traditionellen Eliten und ihrer eigenen strategischen Interessen zu gewährleisten. Dennoch beteiligten sie sich an den Debatten innerhalb der NDK, kooperierten dort mit den zivilgesellschaftlichen Aktivisten und der Jugendbewegung und versuchten gleichzeitig, die Interessenkongruenz mit der Bewegung des Südens zu nutzen. Die konsequente Haltung gegen den Einfluss der alten Machtelite und insbesondere ihr glaubwürdiges Eintreten gegen die allgegenwärtige Korruption in der Regierungsbürokratie verschaffte den Huthi Zuspruch von neuen und auch nicht-schiitischen Bevölkerungsgruppen.

Die Gegner der Huthi betonen in der Regel deren religiös-fundamentalistischen Ursprünge und werfen ihnen vor, insgeheim die Wiederherstellung eines schiitischen Gottesstaates anzustreben, nach dem Muster der theokratisch begründeten Herrschaftsform im Jemen bis zur Revolution von 1962. In eine ähnliche Richtung zielt der Vorwurf, die Huthi würden in Wahrheit aus Iran gesteuert und seien ein Werkzeug in Teherans Expansionspolitik. Belege für engere Kontakte zwischen den Huthi und Iran gibt es allerdings nur aus jüngerer Vergangenheit. Offenbar leisten die Iraner nur sehr moderate Hilfe und hatten den Huthi sogar von einer Machtübernahme abgeraten. Die vereinfachende Reduzierung des Konflikts in einen Gegensatz zwischen sunnitischem und schiitischem Islam ist ohnehin irreführend – der schiitische Islam der Zaiditen steht dem sunnitischen Islam in der religiösen Praxis recht nahe. Dennoch hat der eskalierende Konflikt eine bislang im Jemen kaum vorhandene konfessionelle Dimension angenommen. Wachsende Gegensätze ergeben sich aus der Ausdehnung der militärischen Kontrolle der Huthi auf Sanaa und auf mehrheitlich sunnitisch geprägte Regionen in Zentral- und Südjemen. Sowohl der südarabische Ableger der Kaida wie auch eine neu gegründete Sektion des sogenannten Islamischen Staates (IS) bekämpfen die Huthi als Abtrünnige. Der IS übernahm auch die Verantwortung für den Angriff auf zaiditische Moscheen in Sanaa im März 2015, dem über 140 Menschen zum Opfer fielen.

Die Regionalisierung des Konflikts

Im Süden Jemens wurde die Machtübernahme der Huthi von der Bevölkerung abgelehnt und die Anerkennung der Revolutionsregierung in Sanaa verweigert. Hadi floh daraufhin in die südliche Hafenstadt Aden, erklärte diese zur provisorischen Hauptstadt und revidierte seinen Rücktritt vom Präsidentenamt. Die versuchte Etablierung einer Gegenregierung in Aden scheiterte aber am raschen militärischen Vorrücken der Huthi, die kurzerhand das gesamte Land mit Ausnahme der gering besiedelten östlichen Landesteile beherrschten und auch Aden selbst bedrohten. Der bevorstehende Fall Adens bewog das benachbarte Saudi-Arabien am 25. März 2015 zum militärischen Eingreifen, vordergründig zur Verteidigung der legitimen Regierung und des nach Riad geflohenen Präsidenten Hadi. Trotz massiver Luftschläge seitens der saudisch geführten Militärkoalition und trotz finanzieller und materieller saudischer Unterstützung für lokale Widerstandskomitees ist es den Huthi gelungen, ihre territoriale Kontrolle über weite Teile Jemens zu konsolidieren.

Zwei Monate nach Beginn der Militärintervention offenbaren sich nun die Fehlkalkulationen des neuen saudischen Königs Salman und der Führung in Riad. Die Begrenzung der Intervention auf eine Seeblockade, Luftschläge und logistische Unterstützung der Anti-Huthi-Kräfte am Boden hat nicht die erhoffte Wende gebracht. Sollte Aden fallen, wären sämtliche wichtigen Städte des Landes in der Hand der Revolutionsregierung und wohl nur ein Einsatz von Bodentruppen könnte die militärische Übermacht der Huthi brechen. Die saudischen Streitkräfte selbst sind trotz umfangreicher Einkäufe modernsten Kriegsgeräts nur bedingt für einen solchen Einsatz tauglich. Kuwait, Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate

© 2015 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

Schweiz und Jemen

Verbindungen zwischen der Schweiz und Jemen bestehen in erster Linie in der **Humanitären Hilfe** und der **Entwicklungspolitik**. Die Schweiz engagiert sich seit 2007 im Jemen. 2011 eröffnete sie ein Programmbüro der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) in der Hauptstadt Sanaa mit dem Fokus, das Land bei der **Bewältigung der Flüchtlingsströme** vom Horn von Afrika, insbesondere aus Somalia, zu unterstützen. Neben 545'000 Binnenflüchtlingen zählt das Land über 250'000 Flüchtlinge. Im November 2014 wurde das Deza-Büro aus Sicherheitsgründen geschlossen. Das Jemen-Programm der Schweiz wird seither von Bern aus gesteuert und vermehrt auf die Grundversorgung der Gesamtbevölkerung ausgerichtet. Eine Expertin des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe wurde an das Büro von IOM und UNHCR nach Sanaa sekundiert, um die Umsetzung der *Sanaa Declaration* on *Migration and Asylum* zu unterstützen. Das Gesamtbudget der Schweiz für Jemen beläuft sich derzeit auf rund **8 Millionen Franken pro Jahr**. Sie ist damit einer der grösseren internationalen Geldgeber.

Seit März 2013 ist die Schweiz Mitglied der Gruppe *Friends of Yemen,* welche knapp 40 Länder und verschiedene Organisationen umfasst und den politischen Übergangsprozess unterstützt. Darüber hinaus unterstützt der Bund auch die Vermittlungsbemühungen der UNO. Seit Dezember 2014 setzt die Schweiz zudem die **UNO-Finanz- und Einreisesanktionen** gegenüber Huthi-Führern sowie Ex-Präsident Saleh um, basierend auf der UNO-Sicherheitsresolution 2140 (2014). Ferner sind gegen mehrere Mitglieder der im Jemen aktiven Kaida seit längerem Sanktionen in Kraft.

wie auch der Sudan, Jordanien und Marokko beteiligen sich nur mit Kampfflugzeugen am Einsatz – auch die offenbar erwartete Bereitstellung von Bodentruppen seitens Ägyptens und Pakistans blieb bisher aus. Daher setzen die Saudis weiterhin vor allem auf den Luftkrieg. Parallel nutzen sie ihre traditionell engen Verbindungen zu Stammesverbänden und zu salafistischen Bewegungen mit dem Ziel, eine anti-Huthi-Koalition im Jemen zu schmieden. Ein rascher militärischer Erfolg ist aber nicht abzusehen und die Intervention im Jemen birgt Gefahren für die Stabilität Saudi-Arabiens selbst. Vermehrte Skepsis hat die patriotische Euphorie der Anfangszeit inzwischen abgelöst – innerhalb des Königreichs meldet sich Kritik an der Strategie der eigenen Führung im Jemen-Konflikt. Wachsende Sorge bereitet ferner die Stabilität in den an den Jemen angrenzenden saudischen Regionen, die als wirtschaftlich vernachlässigt gelten und in denen eine starke schiitische Minderheit lebt. Die Huthi haben inzwischen vereinzelte Angriffe auf saudisches Territorium ausgeführt.

Alternativlose Diplomatie

Der Konflikt hat inzwischen über 1000 Todesopfer gefordert und der ohnehin unzureichenden Infrastruktur Jemens massiven Schaden zugefügt. Infolge des Krieges bewegt sich Jemen auf eine humanitäre Katastrophe zu. Angesichts des Zusammenbruchs der Energieversorgung, des besorgniserregenden Wassermangels und der fast vollständigen Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten warnen Hilfsorganisationen vor den Folgen einer fortgesetzten Seeblockade gegen das Land. Die Bombardierung und die gleichzeitige Unterstützung lokaler Kriegsherren untergräbt mittelfristig das Gewaltmonopol des Staates – Jemen droht ein gescheiterter Staat zu werden.

Das von Saudi-Arabien initiierte Eingreifen hat die Lösung des inner-jemenitischen Konflikts zusätzlich erschwert. Einerseits ist der militärische Widerstand der Huthi ungebrochen und offenbar empfinden grosse Teile der Bevölkerung die Militäraktion als Angriff auf die jemenitische Nation selbst, als deren Verteidiger sich die Revolutionsregierung nun gibt. Andererseits gebärden sich Präsident Hadi und seine Parteigänger mit saudischer Unterstützung kompromisslos und die von ihm gestellten Vorbedingungen für Verhandlungen sind für die Huthi unannehmbar. Der einzige Gewinner des Krieges ist gegenwärtig der lokale Ableger der Kaida, der das Territorium unter seiner Kontrolle im Osten des Landes stetig ausweiten konnte.

Da eine militärische Lösung unwahrscheinlich ist, bleibt nur eine diplomatische Lösung. Zentral für das Zustandekommen eines Kompromisses ist die Abkehr von bislang von den Parteien vertretenen Maximalpositionen. Die Huthi müssen ihre mehrfach gegebenen Zusicherungen, die zentralen NDK-Vereinbarungen nicht in Frage zu stellen, einlösen und eine Machtteilung akzeptieren. Präsident Hadis Glaubwürdigkeit innerhalb Jemens ist aufgrund seiner eigenen Machtambitionen und seiner Unterstützung für den saudisch geführten Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen. Daher scheint ein neuer Übergangspräsident oder die Schaffung eines Präsidialkollegs unter Beteiligung der wichtigsten Fraktionen als denkbarer nächster Schritt. Khaled Bahah, inzwischen zum Vize-Präsidenten ernannt, wird als glaubwürdiger Präsident angesehen.

Ein akzeptabler Vermittler wäre Oman, das sich als einziges GCC-Mitglied nicht am Angriff auf Jemen beteiligt hat. Eine Kompromisslösung auf Basis des NDK-Abschlussdokuments und eine Machtteilung für eine Übergangszeit sind Voraussetzungen für die Lösung der dringlichsten sozialen und ökonomischen Probleme des Landes, womöglich unter Zusage eines Unabhängigkeits-Referendums im Süden. Bei der geplanten Föderalisierung sollte dabei auf die Wünsche der Huthi und der Hirak Rücksicht genommen werden. Bedingung für ein Gelingen eines inner-jemenitischen Kompromisses ist die Selbstverpflichtung der Nachbarländer zur Nicht-Einmischung, insbesondere Saudi-Arabiens mit seiner seit Jahrzehnten praktizierten Manipulation der Politik in der einzigen Republik auf der Arabischen Halbinsel. Des Weiteren ist ein Kurswechsel in der internationalen Jemenpolitik dringend angezeigt. Die bisherige Priorisierung der Terrorbekämpfung gerade seitens der USA hat nachdrücklich zur Destabilisierung Jemens beigetragen. Nur die Wiederherstellung eines funktionierenden Staates und die Partizipation aller gesellschaftlich relevanter Akteure an der Politikformulierung schafft die Chance für den Aufbau einer legitimen staatlichen Ordnung in der Republik Jemen, die dann auch die nachhaltige Beseitigung der Terrorgefahr ermöglichen würde.

Roland Popp ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich und u.a. Autor von «Brennpunkt Jemen» (2010).

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Lektorat: Livio Pigoni
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Die «Speerspitze» der Nato Nr. 174
Internationale Katastrophen-Politik nach Sendai Nr. 173
Putins Russland und Europäische Sicherheit Nr. 172
Weltraum: Sicherheitspolitik in neuen Sphären Nr. 171
Der Westbalkan zwischen Europa und Russland Nr. 170
Verhärtete Fronten bei nuklearer Nichtverbreitung Nr. 169

© 2015 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich